Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—½2 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr 18, p. nur bis ½3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk., incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 36 Mk. mit Postbeförderung 45 Mk. Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 335. Sonntag den 1. December 1878. 72. Jahrgang.

## Oeffentliche Sitzungen der Stadtverordneten

**Mittwoch, am 4. und Freitag, am 6. December a. c. Abends ½7 Uhr im Saale der I. Bürgerschule.**

Tagesordnung am 4. December:

Das neue Regulativ für die Gemeindeanlagen.

Tagesordnung am 6. December:

I. event. Schlußberathung über das Anlagenregulativ.
II. Gutachten des Finanzausschusses über a. die Unterstützung eines ehemaligen Waldarbeiters; b. Entschädigung der Posaunisten des Stadtorchesters für den verminderten Ertrag der sogen. Brautmessen; c. die Entnahme der Kosten für Baumanpflanzung in der Eutritzscher Straße aus dem Stammvermögen; d. die Conten 1, 2, 3, 4, 5, 7 bez. 10, 13, 29, 32, 37, 39, 40, 42, 44, 45 und Conto des Bezirksvermögens aus dem Haushaltplane pro 1879.
III. Gutachten des Schulausschusses über die Budgetconten der Thomasschule und der Fortbildungsschulen für Knaben und Mädchen auf das Jahr 1879.
IV. Gutachten des Oekonomie- und Finanzausschusses über die anderweite Ermiethung der Wollmeßbude.
V. Gutachten des Oekonomieausschusses über die Conten 8, bez. 10, 12, 16 bis mit 23, 24, 26, 27 und 28 des Haushaltplanes für 1879.

## Bekanntmachung.

Dem Rathsreferendar Herrn **Carl Otto Willisch** ist von uns das Prädicat „**Rathsassessor**" ertheilt worden.

Leipzig, den 30. November 1878.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Messerschmidt.

## Gewerbekammer Leipzig.

**Montag, den 2. December, Nachmittag 5 Uhr öffentliche Sitzung im Saale der Ersten Bürgerschule.**

Tagesordnung: 1. Vortrag aus der Registrande; 2. Gutachten des Finanz-Ausschusses, die Erhebung der Steuerzuschläge für die Handels- und Gewerbekammer betreffend; 3. Ausschußgutachten, die Reform des Auctionswesens betreffend; 4. Gutachten des Ausschusses über die Abänderung der Geschäftsordnung.

Leipzig, den 1. December 1878. W. Häckel, Vors. Herzog, Secr.

## Berlin im Belagerungszustand.

Mit überraschend schneidiger Initiative hat der Polizeipräsident von Berlin von der ihm auf Grund der Publication des sog. kleinen Belagerungszustandes zustehenden Befugniß Gebrauch gemacht, indem er vierzig Hetzagitatoren, darunter die „Genossen" Hasselmann und Fritzsche aus Berlin auswies. Wehe dem Lande, in welches sich dieser Generalstab der Revolution begiebt, um es für seine Zwecke auszubeuten!

Die Sorge um die Sicherheit des demnächst nach Berlin zurückkehrenden Monarchen erfordert in der That die allerexacteste Handhabung des überaus praktischen Gesetzes. Davon wird Jeder aufrichtige Vaterlandsfreund überzeugt sein, der das Gebahren der Exaltados der Socialdemokratie kennt. Die ultramontane und die radical-demokratische Presse macht natürlich eine Ausnahme in dieser Beziehung. Mit einer bis an die Komik streifenden übelwollenden und verbissenen Nörgelei nölelte bisher die Fortschrittspresse an der Handhabung des Gesetzes, glücklicherweise ohne Erfolg. Die Verhängung des Belagerungszustandes hat nun einen Theil der Berliner Preßorgane förmlich verdutzt und außer Fassung gebracht. So commentirte das leitende Berliner Fortschrittsorgan die Maßregel mit zwei, sage zwei, gewichtigen Worten. Es heißt da: Wider Erwarten hat ꝛc. Dann folgt einfach der Abdruck der Ordre des Staatsministeriums. Das übrigens die Farbe jeder Hofschleppe markirende Blatt weiß freilich, daß in Bezug auf die Person des Kaisers der Berliner nicht mit sich spaßen läßt, daß ihm das Wohl und Wehe des greisen, auf hundert Schlachtfeldern ergrauten, zweimal durch Meuchelmord bedrohten Monarchen tausendmal mehr am Herzen liegt als die catilinarische Existenz von einigen Dutzend demagogischen Brandrednern und Hetzagitatoren; daher denn auch der verdrossene, kleinlaute Ton. Viel klüger operirt das fortschrittliche „Berliner Tageblatt", indem es gute Miene zum bösen Spiel macht und die bittere Pille überzuckert. Es schreibt:

Man mag auch immerhin daran zweifeln, daß die moralische Verderbniß bei uns schon so weit und tief gegriffen hat, um ähnliche Befürchtungen berechtigt erscheinen zu lassen, wer wollte mit allem seinem Zweifel wohl eine Verantwortung dafür übernehmen, daß auch ohne die jetzige Verfügung sich Nichts ereignen könne, was mit den Vorgängen in Italien sich vergleichen ließe! Nein, ehe auch nur entfernt etwas Aehnliches bei uns geschähe, wollen wir das Socialistengesetz lieber so gehandhabt sehen, daß es die Wirkung, die es erzielen soll, in kürzester Frist erziele, und mit Rücksicht darauf erkennen wir die Nothwendigkeit eines möglichst energischen Vorgehens bereitwillig an. Die Maßregel ist auf die Dauer eines Jahres verfügt, wie das Gesetz ausdrücklich zuläßt. Aber wir wünschen und hoffen, daß es nicht nöthig sein wird, sie so lange aufrecht zu erhalten.

Der fortschrittliche „Berliner Börsen-Courier" bezeichnet die Kunde von der Verfügung der Maßregel als eine „wahrhaft verblüffende", findet indessen sehr begreiflich, daß das Gesetz, da es einmal gegeben sei, auch angewendet werde. Er habe nie geglaubt, die Regierung würde sich hierbei gar zu schüchtern und schämig zeigen.

Die demokratische „Volkszeitung" richtet ihre Kritik besonders gegen §. 1 der Verfügung, dessen Nothwendigkeit sie unter dem Hinweis auf die Bereitwilligkeit, mit der überall die Socialdemokraten sich in das Unvermeidliche gefügt, bezweifelt.

„Es ist gewiß schwierig, solchen Maßregeln gegenüber, wie sie die Socialdemokratie betroffen, ruhiges Blut zu bewahren; um so anerkennenswerther aber ist es, daß es geschehen, und deshalb sollte unseres Erachtens thunlichst Alles vermieden werden, was geeignet ist, die doch in Aller Interesse nothwendige Ueberbrückung der das Volk in zwei Theile trennenden Kluft zu erschweren."

Es wird von Interesse sein, noch einige Preßstimmen, die sich zu Gunsten der Verordnung aussprechen, zu vernehmen. Die „Nationalliberale Correspondenz" vom Freitag schreibt:

Die theilweise Verhängung des „kleinen Belagerungszustandes" über Berlin und Umgegend hat die übertriebensten Gerüchte und Befürchtungen hervorgerufen. Man erzählt sich Allerlei über ganz neuerdings entdeckte Gefahren, ohne daß indeß irgend eins dieser Gerüchte auch nur im Geringsten beglaubigt wäre. Unseres Erachtens ist kein Anlaß vorhanden, nach geheimen Motiven der in Rede stehenden Maßregel des Staatsministeriums zu suchen. Nach den Attentaten des letzten Frühjahrs war man allgemein einig darüber, daß Vorkehrungen zur Sicherung der Dynastie zu treffen seien. Demnach kann es nicht auffallen, wenn jetzt im Hinblick auf die Rückkehr des Kaisers nach Berlin die inzwischen durch das Socialistengesetz ermöglichten Verkehrungen auch wirklich ins Werk gesetzt werden. Die Beschränkung, welche sich das Staatsministerium in der Anwendung des §. 28 des Socialistengesetzes auferlegt hat, indem es nur von der Befugniß der Ausweisung und des Waffenverbots Gebrauch machte, kann uns nur in der Annahme bestärken, daß lediglich die Absicht, zum Schutze des Königshauses alle zur Verfügung stehenden Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen, nicht aber eine auf neue Thatsachen sich gründende Besorgniß wegen der allgemeinen Situation der Grund des gethanen Schrittes gewesen ist. Wir sind deshalb auch der Meinung, daß eine auf das ganze Leben der Hauptstadt lähmend wirkende Beängstigung der Gemüther, welche die Bekanntmachung vom gestrigen Tage unverkennbar vielfach bewirkt hat, in den thatsächlichen Verhältnissen keinen Anhaltspunct findet. Indeß würde die Regierung gut thun, wenn sie die hervortretenden Befürchtungen selbst nach Möglichkeit beschwichtigte.

Der „Magdeburger Zeitung" wird aus Berlin geschrieben:

Die Maßnahme der Regierung bez. der theilweisen Anwendung des §. 28 des Socialistengesetzes auf Berlin und Umgegend hat einen tiefen, im Großen und Ganzen aber doch nicht ungünstigen Eindruck in der hiesigen Bevölkerung hervorgebracht. Einige Zeitungen hatten gestern Abend noch Extrablätter herausgegeben, welche die Verkäufer unter dem Ruf: „Belagerungszustand in Berlin!" anpriesen, ein Vorgang, der eine vorübergehende Aufregung herbeiführte. In parlamentarischen Kreisen hat die Maßnahme Zustimmung gefunden. Man hält sich dort überzeugt, daß der Bundesrath ohne gewichtige Begründung seitens der preußischen Regierung seine Zustimmung zu dem Antrage nicht gegeben haben würde. Hier und da erklärt man, die Regierung habe jedenfalls die Pflicht gehabt, diese oder ähnliche Maßnahmen zu treffen, schon um von jeder Verantwortung bei etwaigen Ausschreitungen frei zu sein. Man ist darauf gespannt, ob dem nächsten Reichstage in vollem Umfange die Gründe bekannt gegeben werden, welche für die Verordnung maßgebend waren.

Die freiconservative „Post" schreibt:

Mit tiefem Schmerze muß es jedes patriotische Gemüth bekümmern, daß solche Maßregeln bei uns, in der Hauptstadt Preußens, nothwendig geworden sind. Daran, daß die unerhörten Excesse der Socialdemokratie, welche von der Fortschrittspartei als unschädlich oder ziemlich unschädlich betrachtet wurden und heute wieder betrachtet werden, nachdem der Eindruck der hiesigen Attentate, welcher die Sinne etwas geschärft hatte, nachgelassen hat, solche Folgen mit sich führen mußten, haben wir niemals gezweifelt, und nur eine durch die Politik der Fortschrittspartei herbeigeführte leichtfertige Behandlung der ernstesten Gegenstände konnte in weiteren Kreisen die Ansicht hervorrufen, daß ein bis zum gefahrdrohendsten Grade gewachsenes Uebel mit einigen kaum fühlbaren Maßregeln ertödtet werden könnte.

Die Bekanntmachung vom 28. November vergegenwärtigt den ganzen Ernst der Situation. Sie wird es auch klar machen, daß die aufrichtige Freude, mit welcher der Kaiser bei seiner Rückkehr empfangen werden wird, nur dann eine würdige und für die Zukunft versprechende sein kann, wenn dieselbe den Schatten nicht zu verlöschen sucht, welchen die traurigen Ereignisse vom Mai und Juni über all unser Sinnen und Denken geworfen haben müssen. Die Regierung hat gethan, was sie thun mußte, um der Verantwortlichkeit, welche das Gesetz vom 21. October auf ihre Schultern legte, zu entsprechen. Wir wollen hoffen, daß die Maßregeln ihre volle Wirkung beweisen, ebenso wie es bei den bisherigen weniger eingreifenden der Fall gewesen ist.

Der Bürger ist durch das, was bisher geschehen, nicht berührt, nicht in seiner Freiheit beschränkt worden. Er wird es auch nicht durch diese neue, tiefer eingreifende Maßregel. Soviel wir sehen, ist diese Erkenntniß auch die vorherrschende. Sie zu befestigen, wird die Aufgabe aller Derjenigen sein, welche ernstlich wollen, daß die Socialdemokratie auf dem unblutigen Wege einer glücklicherweise noch rechtzeitig eingetretenen Repression nicht blos augenblicklich stumm gemacht, sondern wirklich entwurzelt wird.

Wir lassen diesen Aeußerungen noch den Bericht unseres Berliner Correspondenten folgen, der uns vom Freitag wie folgt schreibt:

Die außerordentlichen Maßregeln, welche die Staatsregierung mit der Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin, Potsdam und Umgegend in einem Augenblicke ergriffen hat, wo der Kaiser nach der Reichshauptstadt zurückzukehren im Begriffe ist, haben im Abgeordnetenhause zu dem Wunsche geführt, dem Minister des Innern Gelegenheit zu geben, sich über die nächste Veranlassung zu dem außergewöhnlichen Schritte auszusprechen. Ist doch von officiöser Seite darauf hingedeutet worden, daß zwischen den letzten drei Attentaten und den Verschwörungen der Internationalen auf allen Puncten Europas, Deutschland mit inbegriffen, sich ein rother Faden durchziehe, mit welchem die Einschmuggelung von Sprenggeschossen verbunden sei, wie die Polizei ermittelt haben wolle. Dementsprechend haben heute schon unter verschiedenen Parteiführern des Abgeordnetenhauses Besprechungen über die Art stattgefunden, wie dem Grafen Eulenburg Gelegenheit gegeben werden soll, sich über den neuesten Erlaß auszusprechen. Es machte sich die Meinung geltend, daß die Berathung des Etats des Ministeriums des Innern, welche eine natürliche Handhabe für die wichtige Debatte bieten würde, noch nicht sobald auf die Tagesordnung gelangen dürfte und daß eine so bedeutsame Interpellation nicht lange verzögert werden könne. Jedenfalls werden sich darüber erst die Fractionen schlüssig zu machen haben. Obwohl die Angelegenheit, streng genommen, vor das Forum des Reichstags gehört, so scheint doch der Minister des Innern geneigt zu sein, dem Landtage über die getroffenen Maßregeln Rechenschaft zu geben. Der Umfang derselben erscheint größer, als in den heutigen Abendblättern officiös angegeben wird. Allerdings haben 40 hervorragende Socialdemokraten bereits die Ausweisungsordre erhalten, darunter auch die Reichstagsabgeordneten Hasselmann und Fritzsche; aber auf der zweiten Liste der Auszuweisenden, welche für die nächsten Tage zur Vollziehung gelangen soll, stehen weitere 40—60 Socialdemokraten, während die dritte Kategorie sich auf etwa 200 beläuft.

## Politische Uebersicht.

**Leipzig, 30. November.**

Im Bundesrath motivirte — wie es heißt — der preußische Bevollmächtigte die für Berlin auf Grund des Socialdemokratengesetzes getroffene Anordnung dadurch, daß die Regierung Kenntniß habe von einer fortgesetzten Agitation, ähnlich der der russischen Nihilisten, welche von kleinen Gruppen geleitet werde. Auch sei die Anfertigung von Werkzeugen und Apparaten zu verbrecherischen Zwecken festgestellt. Eine eigentliche Discussion fand über die Vorlage nicht statt. Die Annahme erfolgte einstimmig. Die Berliner Morgenblätter vom Sonnabend melden noch:

Den für Berlin und Umgebung vorgestern getroffenen Sicherheitsmaßregeln ist gestern die Ausführung auf dem Fuße gefolgt. Gegen Mittag bereits wurde 40 namhafteren Mitgliedern der Socialdemokratie die Ausweisungsverfügung des Polizeipräsidiums zugestellt. Unter den Ausgewiesenen figuriren der Reichstagsabgeordnete Fritzsche, der bekannte Agitator und Buchhalter der ehemaligen „Berliner Freien Presse", Rackow, ferner Baumann, Greifenberg, sowie das Redactionspersonal des ehemaligen socialdemokratischen Blattes u. A. m. Auch ein hiesiger Uhrmacher, der Erfinder der an anderer Stelle von uns jüngst erwähnten „Höllenmaschine" soll sich unter den Ausgewiesenen befinden.

In einer Zuschrift aus Hannover an ein rheinisches Provincialblatt wird in dringender Weise die definitive Beschlagnahme des Welfenfonds und die Verwendung desselben zu Gunsten der Provinz Hannover befürwortet, beispielsweise zur Urbarmachung der Lüneburger Haide. Diese Kundgebung ist immerhin ein Beweis, daß man in Hannover wenigstens nicht überall die Auffassung theilt, der Welfenfonds sei ein unantastbares Eigenthum des früheren königlichen Hauses. Zur Zeit freilich sind solche Vorschläge noch verfrüht, da wenigstens, wie es heißt, in dieser Session der preußische Landtag nicht in die Lage kommen dürfte, sich mit dem Verbleib des Welfenfonds zu beschäftigen.

* * *

In welchem Maße die radicalen Parteien in Deutschland an Einfluß verlieren, das ist an dem Ergebnisse der jüngst in den Städten Fürth in Bayern und Gera vollzogenen Gemeindewahlen zu ersehen. In Fürth war seit zehn und mehr Jahren die süddeutsche Volkspartei die unbestrittene Beherrscherin der dortigen Wählerschaft und das Gemeindecollegium war ganz aus ihren Leuten zusammengesetzt. Bei der diesmaligen Stadtverordnetenwahl ist die Volkspartei aber zum ersten Male von der nationalliberalen Partei geschlagen worden, indem diese Partei bei der Wahl sieben ihrer Candidaten durchsetzte, während nur fünf Candidaten der Volkspartei gewählt wurden. In Gera aber ist die dort einen sehr radicalen Anstrich habende, von dem bekannten Schriftsteller Wartenburg geleitete Fortschrittspartei bei der Gemeindewahl gegen den nationalliberalen Reichsverein gänzlich unterlegen.

Aus Mecklenburg wird dem „H. C." vom 24. November geschrieben: Wie Jeder, der eine Ahnung hat von den ans Komische grenzenden kleinlichen Verhältnissen und Anschauungen des Großherzogthums Mecklenburg-Strelitz mit seinen 90,000 Seelen, wohl erwarten konnte, ist dort der Beschluß gefaßt worden, ein eigenes Landgericht in dem Städtchen Strelitz zu errichten und den früheren Plan einer Vereinigung mit den verschiedenen mecklenburg-schwerinschen Landgerichten aufzugeben. Die beiden Großherzogthümer Mecklenburg mit 600,000 Einw. werden sich nun am 1. Oct. 1879 der vier Landgerichte zu Rostock, Schwerin, Güstrow und Strelitz erfreuen, von denen jedes einen Präsidenten, zwei Directoren und sechs bis acht Räthe, alle mit sehr hoher Besoldung, erhält. Die armen 18,000 Bewohner des zufällig mit dem Großherzogthum Strelitz vereinigten, auf dem Landtage gar nicht einmal vertretenen Fürstenthums Ratzeburg kommen am schlimmsten fort. Sie hatten dringend gewünscht, mit dem Landgericht in Lübeck, vor dessen Thoren sie liegen, vereinigt zu werden, allein zur Erhöhung des Glanzes des Residenzstädtleins Strelitz sind sie jetzt zu dessen Landgericht gekommen, obgleich eine Entfernung von 180 Kilometer sie von demselben trennt und sie überhaupt mit ganz Mecklenburg-Strelitz, diesem Ursitz des Feudalismus, in keiner Verbindung stehen, als daß sie feudal-patriarchalisch von dort regiert werden. Wenn Preußen eine Vereinigung des Fürstenthums Ratzeburg mit dem Herzogthum Lauenburg bewirken könnte, würde ein allgemeiner Jubel sich unter des Ersteren Bewohnern erheben.

Bei Gelegenheit der Anwesenheit des Kaisers in Metz im Mai v. J. erhielt das bei dem Dorfe Woippy auf der Höhe hinter der Kirche gelegene, damals noch in den ersten Bau-Anfängen begriffene Fort den Namen Fort Kameke. Mit Abschluß der Bauperiode dieses Jahres ist nun das genannte Fort vollendet worden, so daß es sich in völlig vertheidigungsfähigem Zustande befindet. Auch die von außen fast gar nicht sichtbaren Panzerdrehthürme sind fertig gestellt und in jedem zwei Geschütze schwersten Kalibers angebracht, welche ihr Feuer durch Scharten abzugeben haben. Der Aufsatz des beinahe einen halben Meter starken Gußstahlpanzers besteht aus vier mächtigen, kuppelartig gewölbten Theilen, welche mit Falzen ineinandergreifen. Der den unteren Theil des Drehthurmes umgebende Vorpanzer ist im Gußstahl schwächer gehalten und durch eine bedeutende vorliegende Erdanschüttung gesichert.

* * *

Fürst Gortschakoff wird auf seiner Rückreise am 5. December in Berlin eintreffen, um den Kaiser zu begrüßen. Diesem Besuche dürfte eine hohe politische Bedeutung beizulegen sein. Rußland steht an einem Wendepuncte. Der Pariser Times-Correspondent erwähnt ein in diplomatischen Kreisen umlaufendes und angeblich von glaubwür-

SLUB
Wir führen Wissen.